

- dieser Erlass folglich in aller Dringlichkeit ergehen muss;
Auf Vorschlag des Ministers der Finanzen

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

Artikel 1 - Nummer 4.11 der Anwendungsregeln in Anlage 3 zum KE/EstGB 92, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 10. Dezember 2014, wird wie folgt abgeändert:

1. In Punkt B werden die Wörter "Artikel 171 Nr. 2 Buchstabe e)" durch die Wörter "Artikel 171 Nr. 1bis" und die Wörter "zum Satz von 10,09 Prozent" durch die Wörter "zum Satz von 8,08 Prozent" ersetzt.

2. In Punkt E werden die Wörter "die einer in Buch II Titel VIII des Gesetzbuches der verschiedenen Gebühren und Steuern oder in Artikel 119 des Gesetzes vom 28. Dezember 1992 zur Festlegung steuerrechtlicher, finanzieller und sonstiger Bestimmungen erwähnten Steuer auf langfristiges Sparen unterlagen" durch die Wörter "die einer Steuer auf langfristiges Sparen unterlagen wie erwähnt in Buch II Titel VIII des Gesetzbuches der verschiedenen Gebühren und Steuern, die in Artikel 185 § 4 desselben Gesetzbuches erwähnte vorzeitige Einnahme der Steuer ausgenommen, oder wie erwähnt in Artikel 119 des Gesetzes vom 28. Dezember 1992 zur Festlegung steuerrechtlicher, finanzieller und sonstiger Bestimmungen" ersetzt.

Art. 2 - Vorliegender Erlass ist auf die ab dem 1. Januar 2015 gezahlten oder zuerkannten Einkünfte anwendbar.

Art. 3 - Der für Finanzen zuständige Minister ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 20. Januar 2015

PHILIPPE

Von Königs wegen:
Der Minister der Finanzen
J. VAN OVERTVELDT

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C - 2016/00127]

2 DECEMBER 2015. — Koninklijk besluit tot wijziging van het koninklijk besluit van 8 oktober 1981 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen, betreffende de verbintenis tot tenlasteneming zoals geregeld in artikel 3bis van de wet van 15 december 1980 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 2 december 2015 tot wijziging van het koninklijk besluit van 8 oktober 1981 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen, betreffende de verbintenis tot tenlasteneming zoals geregeld in artikel 3bis van de wet van 15 december 1980 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen (*Belgisch Staatsblad* van 28 december 2015).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C - 2016/00127]

2 DECEMBRE 2015. — Arrêté royal modifiant l'arrêté royal du 8 octobre 1981 sur l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers en ce qui concerne l'engagement de prise en charge visé à l'article 3bis de la loi du 15 décembre 1980 sur l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 2 décembre 2015 modifiant l'arrêté royal du 8 octobre 1981 sur l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers en ce qui concerne l'engagement de prise en charge visé à l'article 3bis de la loi du 15 décembre 1980 sur l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers (*Moniteur belge* du 28 décembre 2015).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C - 2016/00127]

2. DEZEMBER 2015 — Königlicher Erlass zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern in Bezug auf die in Artikel 3bis des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern erwähnte Verpflichtung zur Kostenübernahme — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Königlichen Erlasses vom 2. Dezember 2015 zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern in Bezug auf die in Artikel 3bis des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern erwähnte Verpflichtung zur Kostenübernahme.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

2. DEZEMBER 2015 — Königlicher Erlass zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern in Bezug auf die in Artikel 3bis des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern erwähnte Verpflichtung zur Kostenübernahme

BERICHT AN DEN KÖNIG

Sire,

mit dem Entwurf eines Königlichen Erlasses, den wir die Ehre haben, Eurer Majestät zur Unterschrift vorzulegen, wird eine Vereinfachung des Musters für die Verpflichtung zur Kostenübernahme (siehe Anlage 3bis des Königlichen Erlasses vom 8. Oktober 1981) bezweckt.

In Bezug auf die vorangehende Bemerkung der Gesetzgebungsabteilung des Staatsrates in ihrem Gutachten Nr. 57.999/2/V vom 7. September 2015 wird dieser Entwurf durch die Tatsache, dass der Vorentwurf eines Gesetzes, der der Gesetzgebungsabteilung unter der Listennummer 57.881/2/V zur Begutachtung vorgelegt wurde, im Fall einer Annahme durch das Parlament Artikel 3bis Absatz 5 ersetzt, keineswegs überflüssig, da er sich auf das Ersetzen des Musters für die Verpflichtung zur Kostenübernahme beschränkt.

Bei der Verpflichtung zur Kostenübernahme handelt es sich um ein besonderes Mittel zum Nachweis der Erfüllung der Bedingung über das Ausreichen der Existenzmittel für einen Kurzaufenthalt in Belgien als Drittstaatsangehöriger. Sie kann demnach sowohl als Unterstützung eines Antrags auf ein Visum für einen kurzfristigen Aufenthalt, wenn dies erforderlich ist, als auch bei Kontrollen an den Außengrenzen vorgelegt werden.

Erfahrung und Verwaltungspraxis haben gezeigt, dass dieses Muster für die Verpflichtung zur Kostenübernahme aufgrund seiner Länge und Komplexität nicht geeignet ist. Der Entwurf zielt folglich darauf ab, das Muster zu vereinfachen, seine Lesbarkeit zu verbessern und die Verpflichtung zur Kostenübernahme sicher zu machen.

Das vorgeschlagene Muster für die Verpflichtung zur Kostenübernahme besteht aus zwei Teilen. Der erste Teil bildet die Verpflichtung zur Kostenübernahme. Nur dieser erste Teil der Verpflichtung zur Kostenübernahme muss den Behörden durch den Drittstaatsangehörigen vorgelegt werden. Bei dem zweiten Teil handelt es sich um Informationen für den Bürgen und den Drittstaatsangehörigen.

Im neuen Artikel 17/2 werden die Angaben aufgezählt, die die Verpflichtung zur Kostenübernahme gemäß Artikel 14 Absatz 4 des Visakodex beinhalten muss.

Der im derzeitigen Artikel 17/2 Absatz 2 formulierte Grundsatz, nach dem die Verpflichtung zur Kostenübernahme angenommen sein muss, um als Nachweis für das Ausreichen der Existenzmittel zu gelten, wird übernommen.

Durch Artikel 2 des Entwurfs wird das derzeitige Muster für die Verpflichtung zur Kostenübernahme durch ein neues Muster ersetzt, dessen Inhalt lesbarer, kürzer und sicherer ist.

Eine wesentliche Änderung besteht in der Streichung des Verweises auf den Vertreter einer juristischen Person, da im Gesetz bestimmt ist, dass sich nur natürliche Personen als Bürgen zur Verfügung stellen können.

In Bezug auf die Bemerkung der Gesetzgebungsabteilung des Staatsrates in ihrem Gutachten Nr. 57.999/2/V vom 7. September 2015 über die Behörde, die die Verpflichtung zur Kostenübernahme für nicht konform erklären kann, muss angeführt werden, dass im neuen Muster für die Verpflichtung zur Kostenübernahme in Punkt F sehr wohl die beschlussfassende Behörde angegeben wird, da Name und Eigenschaft der Behörde genannt werden.

In Artikel 3 des Entwurfs werden Übergangsbestimmungen festgelegt.

Die Bestimmungen der alten Regelung bleiben demnach anwendbar auf Verpflichtungen zur Kostenübernahme, die vor Inkrafttreten der im vorliegenden Entwurf enthaltenen Regeln angenommen wurden.

In Artikel 4 wird der zuständige Minister bestimmt.

Wir haben die Ehre,

Sire,
die ehrerbietigen,
und getreuen Diener
Eurer Majestät zu sein.

Der Vizepremierminister und Minister der Sicherheit und des Innern

J. JAMBON

Der Staatssekretär für Asyl und Migration

T. FRANCKEN

2. DEZEMBER 2015 — Königlicher Erlass zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern in Bezug auf die in Artikel 3bis des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern erwähnte Verpflichtung zur Kostenübernahme

PHILIPPE, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund der Verordnung (EG) Nr. 562/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 über einen Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex), des Artikels 5 Absatz 3;

Aufgrund der Verordnung (EG) Nr. 810/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über einen Visakodex der Gemeinschaft (Visakodex), des Artikels 14 Absatz 4;

Aufgrund des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern, des Artikels 3bis Absatz 5;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern, des Artikels 17/2 § 1;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 57999/2/V des Staatsrates vom 7. September 2015, abgegeben in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 1 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat;

Auf Vorschlag des Vizepremierministers und Ministers der Sicherheit und des Innern und des Staatssekretärs für Asyl und Migration

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

Artikel 1 - Artikel 17/2 des Königlichen Erlasses vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 11. Dezember 1996 und abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 16. Juli 2012, wird wie folgt ersetzt:

"Art.17/2 - § 1 - Die in Artikel 3bis des Gesetzes erwähnte Verpflichtung zur Kostenübernahme muss der Anlage 3bis entsprechen und zwei Teile umfassen. Der erste Teil bildet die Verpflichtung zur Kostenübernahme und der zweite Teil beinhaltet Informationen für den Bürgen und den Drittstaatsangehörigen, für den die Kosten übernommen werden.

Um ein gültiger Nachweis für das Ausreichen der für einen Kurzaufenthalt in Belgien erforderlichen Existenzmittel zu sein, muss der erste Teil der Verpflichtung zur Kostenübernahme beidseitig gedruckt sein, muss im Original vorgelegt werden und darf keine Änderungen enthalten.

In der in Artikel 3bis des Gesetzes erwähnten Verpflichtung zur Kostenübernahme werden folgende Angaben gemacht:

1. Identität der Person, die die Verpflichtung zur Kostenübernahme unterzeichnet,
2. Identität und Adresse des Drittstaatsangehörigen, für den die Kosten übernommen werden,
3. Adresse der Unterkunft,
4. Dauer und Zweck des Aufenthalts,
5. familiäre Bindungen zwischen dem Bürgen und dem Drittstaatsangehörigen, für den die Kosten übernommen werden.

§ 2 - Eine Verpflichtung zur Kostenübernahme kann zugunsten jedes Drittstaatsangehörigen eingegangen werden, der sich für einen kurzen Zeitraum in Belgien aufhalten möchte.

Der Bürge muss persönlich über genügende Existenzmittel verfügen.

§ 3 - Die Verpflichtung zur Kostenübernahme gilt nur dann als Nachweis für das Ausreichen der Existenzmittel des Drittstaatsangehörigen, für den die Kosten übernommen werden, wenn sie vom Minister oder von seinem Beauftragten für zulässig erklärt und angenommen worden ist."

Art. 2. Anlage 3bis zu demselben Erlass, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 11. Dezember 1996 und ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 16. Juli 2012, wird durch die vorliegendem Erlass beigefügte Anlage ersetzt.

Art. 3. In Abweichung von den Bestimmungen des vorliegenden Erlasses ist Artikel 17/2, so wie er vor Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses bestand, weiterhin auf Verpflichtungen zur Kostenübernahme anwendbar, die vor diesem Datum angenommen worden sind.

Art. 4. Der für die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern zuständige Minister ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 2. Dezember 2015

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Vizepremierminister und Minister der Sicherheit und des Innern

J. JAMBON

Der Staatssekretär für Asyl und Migration

T. FRANCKEN

D. Legalisation der Unterschrift des Bürgen / Legalization of the signature of the guarantor

Unterschrift des Bürgen/ <i>Signature of the guarantor</i>	Legalisation der Unterschrift des Bürgen/ <i>Legalization of the signature of guarantor:</i>
	Ausgestellt in/ <i>In</i> _____, am/ <i>on</i> _____
	Der Bürgermeister oder sein Beauftragter _____ STEMPEL/ <i>STAMP</i> <i>The mayor or his/her deputy</i>

E. Die Verpflichtung zur Kostenübernahme als Nachweis für das Ausreichen der für einen Kurzaufenthalt in Belgien erforderlichen Existenzmittel / Formal obligation as proof of the required means of subsistence for a short stay in Belgium

Der Drittstaatsangehörige, für den die Kosten übernommen werden, kann dieses Dokument als Nachweis für das Ausreichen der für einen Kurzaufenthalt in Belgien erforderlichen Existenzmittel vorlegen, unter der Voraussetzung, dass der vorliegende erste Teil beidseitig gedruckt ist, er keine Änderungen enthält und die zuständige Behörde ihn angenommen hat (siehe F).

Dieses Dokument muss ebenfalls binnen sechs (6) Monaten nach dem Monat, in dem die Unterschrift des Bürgen legalisiert worden ist, vorgelegt werden. Nach Ablauf dieser Frist gilt das vorliegende Dokument nicht mehr als Nachweis für das Ausreichen der Existenzmittel des Drittstaatsangehörigen, für den die Kosten übernommen werden.

The third-country national being taken care of may produce this document as a proof of sufficient means of subsistence for a short stay in Belgium, provided that the first part is printed on both sides, that it was not modified and that it was accepted by the competent authority (see F).

This document must be produced within six (6) months following that of its legalization. After this deadline, it will no longer be considered as a proof of sufficient means of subsistence for the third-country national being taken care of.

F. Beschluss (dem Minister, seinem Beauftragten und den belgischen Konsulaten vorbehalten) / Decision (reserved for the Minister, his/her delegate and for the Belgian consulates)

<p>Aufgrund von Artikel (zu ergänzen) des Königlichen Erlasses vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern:</p> <p><input type="checkbox"/> wird diese Verpflichtung zur Kostenübernahme ANGENOMMEN.</p> <p><input type="checkbox"/> ist diese Verpflichtung zur Kostenübernahme NICHT KONFORM, weil:</p> <ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> es sich nicht um das Original handelt, <input type="checkbox"/> sie nicht vollständig ausgefüllt, datiert und vom Bürgen unterzeichnet worden ist, <input type="checkbox"/> sie nicht von der zuständigen Gemeindebehörde legalisiert worden ist, <input type="checkbox"/> sie nicht fristgerecht vorgelegt worden ist, <input type="checkbox"/> sie nicht beidseitig gedruckt ist, <input type="checkbox"/> sie Änderungen enthält, <input type="checkbox"/> folgende Unterlagen nicht vorgelegt worden sind: <ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> der Nachweis der Einkünfte des Bürgen oder, wenn der Bürge selbständig ist, eine Kopie seines letzten Steuerbescheids oder, wenn diese Unterlagen nicht vorgelegt werden können, jegliche anderen offiziellen Dokumente, mit denen die finanzielle Lage des Bürgen gültig nachgewiesen werden kann, <input type="checkbox"/> eine Kopie des gültigen Personalausweises bzw. der gültigen Aufenthaltskarte des Bürgen. <input type="checkbox"/> ... <p><input type="checkbox"/> wird diese Verpflichtung zur Kostenübernahme ABGELEHNT, weil:</p> <ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> sie falsch, gefälscht oder nachgeahmt ist oder die in Artikel 17/3 erwähnten Unterlagen falsch, gefälscht oder nachgeahmt sind: <p>.....</p> <input type="checkbox"/> der Bürge nicht über genügend Mittel verfügt: <p>.....</p> <input type="checkbox"/> der Bürge kein Belgier ist bzw. weil ihm der Aufenthalt für unbegrenzte Dauer nicht erlaubt oder gestattet ist: <p>.....</p> <p>Ausgestellt in _____, am _____, von _____</p> <p>Name, Eigenschaft der Behörde, Unterschrift und Stempel</p> <p><input type="checkbox"/> Der Minister <input type="checkbox"/> Der Beauftragte des Ministers <input type="checkbox"/> Das belgische Konsulat in <u>Notifizierungsurkunde</u></p> <p>Der/Die Unterzeichnete (Identität und Eigenschaft der Behörde und Stempel),, hat am den Beschluss notifiziert.</p> 	<p>In accordance with (note the relevant article) of the Royal Decree of 8 October 1981 regarding the access to the territory, the stay, the residence and the removal of foreigners,</p> <p><input type="checkbox"/> the formal obligation is ACCEPTED.</p> <p><input type="checkbox"/> the formal obligation DOES NOT COMPLY because:</p> <ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> this is not the original version; <input type="checkbox"/> it is not duly completed, dated and signed by the guarantor; <input type="checkbox"/> it is not legalized by the competent municipal authority; <input type="checkbox"/> it was produced out of time; <input type="checkbox"/> it was not printed on both sides; <input type="checkbox"/> it was modified; <input type="checkbox"/> the following documents have not been submitted: <ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> the proof of income earned by the guarantor or, if he/she is self-employed, a copy of his/her most recent tax certificate or, in the absence thereof, any other official document providing evidence of his/her financial situation; <input type="checkbox"/> a copy of the guarantor's identity card or valid residence permit. <input type="checkbox"/> ... <p><input type="checkbox"/> the formal obligation is REFUSED because:</p> <ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> it is false, falsified or forged or the documents referred to in Article 17/3 are false, falsified or forged: <p>.....</p> <input type="checkbox"/> the guarantor does not have sufficient resources: <p>.....</p> <input type="checkbox"/> the guarantor is not Belgian, nor is he authorized or allowed to stay for an unlimited period of time: <p>.....</p> <p>Done in _____, on _____, by _____</p> <p>Name, status of the authority, signature and stamp</p> <p><input type="checkbox"/> The Minister <input type="checkbox"/> The deputy of the Minister <input type="checkbox"/> The Belgian consulate in <u>Act of notification</u></p> <p>I, the undersigned (identity/status of the authority and seal), notified the decision on</p>
--	--

TEIL II - INFORMATIONEN (vom Bürgen und vom Drittstaatsangehörigen, für den die Kosten übernommen werden, aufzubewahren) / (*To be kept by the guarantor and the third-country national being taken care of*)

ACHTUNG

Die Verpflichtung zur Kostenübernahme ist lediglich eine Vorbedingung für die Einreise ins Staatsgebiet. Die Annahme der Verpflichtung gilt nicht als Einreiseerlaubnis und greift dem Beschluss, der in Bezug auf den Visumantrag gefasst wird, nicht vor. / *The formal obligation is only a preliminary step to enter the territory. The fact that it is accepted does not constitute a permission to enter and does not prejudice any decision which will be taken on the visa application.*

1. Gemäß Artikel 17/5 des Königlichen Erlasses vom 8. Oktober 1981 haftet der Bürge, dessen Verpflichtung zur Kostenübernahme angenommen worden ist, von dem Tag an, an dem die Person, für die die Kosten übernommen werden, rechtmäßig ins Staatsgebiet der Mitgliedstaaten des Schengener Raums einreist, während eines Zeitraums von zwei Jahren gesamtschuldnerisch mit dieser Person für die Zahlung der Kosten für ihren Aufenthalt, ihre Gesundheitspflege und ihre Rückführung.

Gegebenenfalls wird die Rückzahlung dieser Kosten gemäß den Artikeln 17/7 bis 17/9 des Königlichen Erlasses vom 8. Oktober 1981 vom Staat und vom zuständigen ÖSHZ eingefordert.

In accordance with article 17/5 of the Royal Decree of 8 October 1981, the guarantor whose formal obligation was accepted, together with the foreigner being taken care of, is severally liable for paying his/her costs for healthcare, stay and repatriation costs during a period of two years from the day the foreigner legally entered the territory of the Member States of the Schengen area.

As the occasion arises, the reimbursement of these costs is claimed by the State and the competent social service department, in accordance with the articles 17/7 to 17/9 of the Royal Decree of 8 October 1981.

2. Der Bürge kann von seiner Verpflichtung zur Kostenübernahme zurücktreten und wird in dem in Artikel 17/6 vorgesehenen Rahmen von seiner Haftung befreit.

The guarantor can renounce his/her formal obligation and may be exempted from his/her liability within the limits provided by article 17/6.

3. Wenn die Verpflichtung zur Kostenübernahme im Rahmen eines Visumantrags eingegangen wird, müssen die Angaben des Bürgen (Name, Vorname und Adresse) im Hinblick auf die Prüfung des Visumantrags gemäß der Verordnung (EG) Nr. 767/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über das Visa-Informationssystem (VIS) und den Datenaustausch zwischen Mitgliedstaaten über Visa für einen kurzfristigen Aufenthalt (VIS-Verordnung) erhoben werden.

Diese Daten werden in das Visa-Informationssystem (VIS) eingegeben und dort höchstens fünf Jahre gespeichert; die Visumbehörden und die für die Visumkontrolle an den Außengrenzen und in den Mitgliedstaaten zuständigen Behörden sowie die Einwanderungs- und Asylbehörden in den Mitgliedstaaten haben während dieser fünf Jahre Zugang zum VIS, um zu überprüfen, ob die Voraussetzungen für die rechtmäßige Einreise in das Gebiet und den rechtmäßigen Aufenthalt im Gebiet der Mitgliedstaaten erfüllt sind, um Personen zu identifizieren, die diese Voraussetzungen nicht bzw. nicht mehr erfüllen, um einen Asylantrag zu prüfen und um zu bestimmen, wer für diese Prüfung zuständig ist. Zur Verhütung und Aufdeckung terroristischer und sonstiger schwerwiegender Straftaten und zur Ermittlung wegen dieser Straftaten haben unter bestimmten Bedingungen auch benannte Behörden der Mitgliedstaaten und Europol Zugang zu diesen Daten.

In Anwendung von Artikel 38 der VIS-Verordnung hat der Bürge das Recht, von gleich welchem Mitgliedstaat über ihn betreffende im VIS gespeicherte Daten und den Mitgliedstaat, der sie an das VIS übermittelt hat, informiert zu werden. Der Bürge hat zudem das Recht zu beantragen, dass ihn betreffende unrichtige Daten berichtigt werden bzw. ihn betreffende unrechtmäßig gespeicherte Daten gelöscht werden. Auf seinen ausdrücklichen Antrag hin informiert ihn die Behörde, die den Visumantrag geprüft hat, darüber, wie er sein Recht auf Prüfung der ihn betreffenden personenbezogenen Daten sowie auf Berichtigung bzw. Löschung dieser Daten wahrnehmen kann, einschließlich der diesbezüglich in den nationalen Rechtsvorschriften des betreffenden Staates vorgesehenen Rechtsmittel.

Die für die Verarbeitung dieser Daten zuständige belgische Behörde ist der FÖD Inneres - Ausländeramt - Direktion Einreise und Aufenthalt, chaussée d'Anvers/Antwerpsesteenweg 59B in 1000 Brüssel (<https://dofi.ibz.be>).

Wenn diese Behörde einem Antrag des Bürgen in Bezug auf die Mitteilung, Berichtigung bzw. Löschung von ihm betreffenden Daten nicht binnen 45 Tagen Folge leistet, kann der Bürge die staatliche Kontrollstelle anrufen, d. h. den Ausschuss für den Schutz des Privatlebens, rue de la Presse/Persstraat 35 in 1000 Brüssel (<http://www.privacycommission.be>), gemäß dem Gesetz vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten und seiner Ausführungserlasse.

If the formal obligation is endorsed in the framework of a visa application, the data of the guarantor (name, first name and address), need to be collected, in view of the examination of the visa application, in accordance with the Regulation (EC) n° 767/2008 of the European Parliament and the Council of 9 July 2008 concerning the Visa Information System (VIS) and the exchange of data between Member States on short-stay visas (VIS Regulation).

These data will be collected and stored for a maximum period of five years in the Visa Information System (VIS). During this period, the data are accessible to the authorities charged with the visa, to the competent authorities charged with the control of the visa at the external borders and in the Member States, to the authorities that are competent for immigration and asylum in the Member States, in view of the control of the compliance with the conditions for the rightful entry and the rightful stay on the territory of the Member States, in view of the identification of the persons who do not, or no longer, comply with these conditions, in view of the examination of an asylum application and the determination of the authority that is responsible for this examination. Under certain conditions these data will also be accessible to the authorities that are indicated by the Member States and Europol, in view of the prevention and the detection of terrorist crimes and other serious criminal offences, also in view of the investigations on the subject.

In accordance with article 38 of the VIS Regulation, the guarantor is entitled to obtain from any Member State the notification of the data related to him/her, which are registered in the VIS, and also from the Member State which transmitted them. He/She may also request that the data which are inaccurate be corrected or that the data recorded unlawfully be erased. At his/her express request, the authority which examined the visa

application will inform him/her about how to exercise his/her right to verify his/her personal data and to have them corrected or erased, including the remedies provided in this respect by the national legislation of the relevant Member State.

The Belgian authority responsible for the treatment of these data is the Federal Public Service Home Affairs – Directorate-general Foreigners' Office – Directorate Access and Stay, which is located at the following address: Chaussée d'Anvers/Antwerpsesteenweg 59B, 1000 Brussels, Belgium (<https://dofi.ibz.be>).

If this service does not comply with a request of the guarantor regarding the notification, the correction or the deletion of data relating to him/her within 45 days, the guarantor may refer the matter to the national supervisory body, namely the Commission for the Protection of Privacy, located at the rue de la Presse/Perstraat 35, 1000 Brussels (<http://www.privacycommission.be>), in accordance with the law of 8 December 1992 on protection of privacy in relation to processing of data of a personal nature and with its implementation decrees.

4. Gegen den Beschluss, durch den die Verpflichtung zur Kostenübernahme für unzulässig erklärt wird oder abgelehnt wird, kann gemäß Artikel 39/2 § 2 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 eine Nichtigkeitsklage beim Rat für Ausländerstreitsachen eingereicht werden. Diese Nichtigkeitsklage muss binnen dreißig Tagen ab Notifizierung dieses Beschlusses im Wege eines Antrags eingereicht werden. Gemäß Artikel 39/82 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 kann ein Aussetzungsantrag eingereicht werden. Außer in Fällen äußerster Dringlichkeit müssen Aussetzungsantrag und Nichtigkeitsklage in ein und demselben Akt eingereicht werden.

Unbeschadet anderer gesetzlicher und verordnungsrechtlicher Modalitäten werden vorerwähnte Klage und vorerwählter Antrag im Wege eines Antrags eingereicht, der die in Artikel 39/78 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 und in Artikel 32 der Verfahrensordnung des Rates für Ausländerstreitsachen erwähnten Bedingungen erfüllt. Vorbehaltlich der in Artikel 3 § 1 Absatz 2 und 4 der Verfahrensordnung des Rates vorgesehenen Abweichungen werden sie beim Rat per Einschreiben an den Ersten Präsidenten des Rates für Ausländerstreitsachen, rue Gaucheret/Gaucheretstraat 92-94 in 1030 Brüssel, eingereicht.

Vorbehaltlich der Anwendung von Artikel 39/79 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 wird die Ausführung der vorerwähnten Maßnahme durch die Einreichung einer Nichtigkeitsklage beziehungsweise eines Aussetzungsantrags nicht ausgesetzt.

The decision by means of which the formal obligation is declared inadmissible or is refused, in accordance with article 39/2, § 2, of the law of 15 December 1980, is subject to an appeal for annulment at the Council for Aliens Disputes, that needs to be introduced by means of an application, within thirty days after the notification of this decision. A claim for suspension can be introduced in accordance with article 39/82 of the law of 15 December 1980. Except in case of extreme urgent necessity both the claim for suspension and the appeal for annulment need to be introduced in a single act.

Without prejudice to other legal and regulatory terms, the appeal and the claim mentioned above are introduced by means of an application, that needs to meet the requirements mentioned in article 39/78 of the law of 15 December 1980 and in article 32 of the procedure regulation of the Council for Aliens Disputes. They are introduced at the Council by means of a registered letter, subject to the derogations provided for by article 3, § 1, subsections 2 and 4, of the procedure regulation of the Council for Aliens Disputes, to the First President of the Council for Aliens Disputes, Rue Gaucheret/Gaucheretstraat 92-94, 1030 Brussels.

Subject to the application of article 39/79 of the law of 15 December 1980, the introduction of an appeal for annulment and of a claim for suspension does not suspend the execution of the present measure.

5. Wenn der Drittstaatsangehörige, für den die Kosten übernommen werden, für den geplanten Kurzaufenthalt in Belgien über ein Visum verfügen muss und er dieses Visum bei einem belgischen Konsulat beantragt, wird die Verpflichtung zur Kostenübernahme nach ihrer Legalisation unmittelbar dem Bürgen übermittelt. Die legalisierte Verpflichtung zur Kostenübernahme und die für diese Verpflichtung erforderlichen Unterlagen müssen anschließend zur Vermeidung der Erklärung der Unzulässigkeit binnen sechs Monaten nach dem Monat, in dem die Unterschrift des Bürgen legalisiert worden ist, zur Unterstützung des Visumantrags vorgelegt werden.

When the third-country national being taken care of must be in possession of a visa for the short stay intended in Belgium and the visa application will be submitted to a Belgian consulate, the formal obligation is provided to the guarantor directly after being legalized. The legalized formal obligation and the accompanying documents must then be produced to support the visa application, within six months following that of the legalization of the signature of the guarantor, on pain of inadmissibility.

6. Wenn der Drittstaatsangehörige, für den die Kosten übernommen werden, für den geplanten Kurzaufenthalt in Belgien über ein Visum verfügen muss und er dieses Visum bei einem Konsulat eines anderen Schengen-Staates beantragt, muss die Verpflichtung zur Kostenübernahme, sofern sie angenommen worden ist, binnen sechs Monaten nach dem Monat, in dem die Unterschrift des Bürgen legalisiert worden ist, zur Unterstützung des Visumantrags vorgelegt werden. Wird die Verpflichtung zur Kostenübernahme nicht fristgerecht vorgelegt, wird davon ausgegangen, dass sie nie angenommen gewesen ist, und sie wird nicht als Nachweis für das Ausreichen der erforderlichen Existenzmittel berücksichtigt.

When the third-country national being taken care of must be in possession of a visa for the short stay intended in Belgium and the visa application will be submitted to a consulate of another Schengen Member State, the formal obligation, if accepted, must be produced to support the visa application, within six months following that of the legalization of the signature of the guarantor. If this condition is not met, the formal obligation shall be deemed never to have been accepted and shall not be taken into account as proof of the required means of subsistence.

7. Wenn der Drittstaatsangehörige, für den die Kosten übernommen werden, für den geplanten Kurzaufenthalt in Belgien kein Visum benötigt, muss die Verpflichtung zur Kostenübernahme, sofern sie angenommen worden ist, binnen sechs Monaten nach dem Monat, in dem die Unterschrift des Bürgen legalisiert worden ist, für die Einreise in den Schengener Raum verwendet werden. Wird die Verpflichtung zur Kostenübernahme nicht fristgerecht vorgelegt, wird davon ausgegangen, dass sie nie angenommen gewesen ist, und sie wird nicht als Nachweis für das Ausreichen der erforderlichen Existenzmittel berücksichtigt.

When the third-country national being taken care of does not need to be in possession of a visa for the short stay intended in Belgium, the formal obligation, if accepted, must be used to enter the Schengen area within six months following that of the legalization of the signature of the guarantor. If this condition is not met, the formal obligation shall be deemed never to have been accepted and shall not be taken into account as proof of the required means of subsistence.

Gesehen, um Unserem Erlass vom 2. Dezember 2015 zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern in Bezug auf die in Artikel 3bis des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern erwähnte Verpflichtung zur Kostenübernahme beigefügt zu werden.

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Vizepremierminister und Minister der Sicherheit und des Innern

J. JAMBON

Der Staatssekretär für Asyl und Migration

T. FRANCKEN

FEDERALE OVERHEIDSDIENST FINANCIEN

[C – 2016/03092]

1 MAART 2016. — Koninklijk besluit tot wijziging van artikel 73^{quater} van het KB/WIB 92 betreffende de lijst van landen waar de gemeenrechtelijke bepalingen inzake belastingen aanzienlijk gunstiger zijn dan in België

VERSLAG AAN DE KONING

Sire,

Het besluit dat wij aan Uwe Majesteit ter ondertekening leggen heeft als hoofddoel, in toepassing van artikel 203, § 1, tweede lid, van het Wetboek van de inkomstenbelastingen 1992 (hierna WIB 92), de lijst van de landen aan te passen waarvan de gemeenrechtelijke bepalingen inzake belastingen als vermeld in artikel 203, § 1, eerste lid, 1^o, WIB 92, geacht worden aanzienlijk gunstiger te zijn dan in België.

De tot stand gekomen wijzigingen in buitenlandse wetgevingen sinds de laatste herziening van de lijst hebben tot gevolg dat landen aan deze lijst moeten worden toegevoegd en andere landen eruit moeten worden verwijderd.

De lijst van artikel 73^{quater} van het KB/WIB 92 is dikwijls ter sprake gebracht als zijnde de 'Belgische lijst van fiscale paradisijsen'. Het is noodzakelijk om hier te benadrukken dat dit helemaal niet het geval is. Deze lijst is een lijst van landen waarvan de gemeenrechtelijke bepalingen inzake de belasting op de winsten als aanzienlijk gunstiger beschouwd worden dan in België, overeenkomstig artikel 203, § 1, tweede lid, WIB 92.

De lijst die het voorwerp uitmaakt van dit koninklijk besluit heeft in geen enkel opzicht te maken met de criteria die de OESO of enig andere internationale instantie hanteert om een land of een jurisdictie aan te duiden als 'belastingparadijs' of als 'niet-coöperatieve jurisdictie'.

In overeenstemming met wat wettelijk is voorgeschreven, is deze lijst strikt beperkt tot landen waarvan de gemeenrechtelijke bepalingen inzake de vennootschapsbelasting aanzienlijk gunstiger zijn dan in België (cfr. artikel 203, § 1, eerste lid, 1^o, in fine, WIB 92). Om op deze lijst voor te komen moet een land dus eerst een fiscaal regime hebben dat van toepassing is op vennootschappen en dat fiscaal regime moet bovendien ofwel voorzien in een gemeenrechtelijk nominaal tarief van belasting op de winsten van vennootschappen dat lager is dan 15 pct., ofwel resulteren in een effectieve fiscale last die lager is dan 15 pct. Zo worden dus alle landen die de vennootschappen niet onderwerpen aan de belasting of die sommige vennootschappen niet onderwerpen aan een belasting gelijkaardig aan de Belgische vennootschapsbelasting uitgesloten van deze lijst. Maar de landen die de winsten van vennootschappen onderwerpen aan de inkomstenbelasting waarvan het tarief 0 pct. bedraagt, zijn wel opgenomen in deze lijst. Een voorbeeld van een dergelijke jurisdictie is het Eiland Man.

De landen waarvan de fiscale wetgeving voorziet in een "off-shore" regime waarbij de winsten van buitenlandse oorsprong – andere dan dividenden – minder of niet worden belast, komen eveneens niet voor op deze lijst. Deze landen zijn bedoeld in artikel 203, § 1, 1e lid, 3^o, WIB 92 voor dewelke niet voorzien is in het opstellen van een lijst door middel van een koninklijk besluit.

Een land wordt ook niet opgenomen in deze lijst ten gevolge van het feit dat de daar gevestigde vennootschappen, wat hun duurzame vestiging gesitueerd in het buitenland betreft, genieten van een belastingregime dat globaal veel voordeliger is dan in België. Deze gevallen worden beoogd door artikel 203, § 1, eerste lid, 4^o, WIB 92 voor dewelke er niet voorzien is in het opstellen van een lijst door middel van een koninklijk besluit.

Voor de opmaak van dit besluit worden de volgende jurisdicties geacht een land in de zin van artikel 203, § 1, eerste lid, 1^o, WIB 92 te zijn. Enerzijds worden de door de meerderheid van de leden van de

SERVICE PUBLIC FEDERAL FINANCES

[C – 2016/03092]

1^{er} MARS 2016. — Arrêté royal modifiant l'article 73^{quater} de l'AR/CIR 92 relatif à la liste des pays dont les dispositions de droit commun en matière d'impôts sont notablement plus avantageuses qu'en Belgique

RAPPORT AU ROI

Sire,

L'arrêté que nous avons l'honneur de soumettre à la signature de Votre Majesté a pour but principal d'adapter, en exécution de l'article 203, § 1^{er}, alinéa 2, du Code des impôts sur les revenus 1992 (ci-après CIR 92), la liste des pays dont les dispositions de droit commun en matière d'impôts visées à l'article 203, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1^o, CIR 92 sont présumées être notablement plus avantageuses qu'en Belgique.

Les modifications intervenues dans les législations étrangères depuis la dernière révision de la liste ont pour conséquence que des pays doivent être ajoutés à cette liste et que d'autres pays doivent en être retirés.

La liste de l'article 73^{quater} de l'AR/CIR 92 a souvent été évoquée comme étant la 'liste belge des paradis fiscaux'. Il est nécessaire de souligner ici que cela n'est pas du tout le cas. La présente liste est une liste des pays dont les dispositions de droit commun en matière d'impôt sur les bénéfices sont considérées comme étant notablement plus avantageuses qu'en Belgique, conformément à l'article 203, § 1^{er}, alinéa 2, CIR 92.

La liste qui fait l'objet du présent arrêté royal n'a par ailleurs aucun lien avec les critères auxquels l'OCDE ou toute autre instance internationale recourt pour qualifier un pays ou une juridiction de 'paradis fiscal' ou encore de 'juridiction non-coopérative'.

Conformément au prescrit légal, la présente liste est strictement limitée aux pays dont les dispositions de droit commun en matière d'impôt des sociétés sont notablement plus avantageuses qu'en Belgique (cfr. article 203, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1^o, in fine, CIR 92). Pour figurer sur la présente liste, un pays doit donc d'abord avoir un régime fiscal applicable aux sociétés et ce régime fiscal doit en outre, soit prévoir un taux nominal de droit commun de l'impôt sur les bénéfices des sociétés inférieur à 15 p.c., soit résulter en une charge fiscale effective inférieure à 15 p.c. Ceci exclut dès lors de la présente liste tous les pays qui n'assujettissent pas les sociétés à l'impôt ou qui n'assujettissent pas certaines sociétés à un impôt analogue à l'impôt belge des sociétés. Mais les pays qui soumettent les bénéfices des sociétés à l'impôt sur le revenu au taux de 0 p.c. sont, eux, bien repris dans la présente liste. L'Ile de Man constitue un exemple de telle juridiction.

De même, les pays dont la législation fiscale prévoit un régime "offshore" en vertu duquel les bénéfices de sources étrangères – autres que les dividendes – sont peu ou pas taxés, ne figurent pas dans la présente liste. Ces pays sont en effet visés par l'article 203, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 3^o, CIR 92 pour lequel il n'a pas été prévu d'établir une liste au moyen d'un arrêté royal.

Un pays n'est pas non plus repris dans la présente liste par le fait que les sociétés y établies bénéficient, en ce qui concerne leur établissement stable situé à l'étranger, d'un régime d'imposition globalement plus avantageux qu'en Belgique. Ces cas sont visés par l'article 203, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 4^o, CIR 92 pour lequel il n'a pas non plus été prévu d'établir une liste par arrêté royal.

Pour l'élaboration du présent arrêté, les juridictions suivantes sont considérées comme un pays au sens de l'article 203, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1^o, CIR 92. D'une part, les États indépendants reconnus par la majorité des